

35. Jahrestag der Gründung der DDR

über die Festigung der sozialistischen Staatsmacht

Prof. Dr. WOLFGANG WEICHELT,
Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR,
Direktor des Instituts für Theorie des Staates und des Rechts
der Akademie der Wissenschaften der DDR

Die Beratung des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR mit den Vorsitzenden der Räte der Kreise am 1. und 2. März 1984, auf der in Vorbereitung der Kommunalwahlen grundlegende Aufgaben der örtlichen Räte bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED erörtert wurden¹, hat erneut deutlich gemacht, wie notwendig eine funktionsfähige, einheitliche Staatsmacht für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist. Rolle und Bedeutung unseres sozialistischen Staates als Hauptinstrument der Gesellschaftsgestaltung können kaum überzeugender illustriert werden als durch den Katalog der allein den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten obliegenden Aufgaben in ihrer gesellschaftlichen Tragweite und Komplexität. Durch die gesamte Beratung zog sich wie ein roter Faden die Frage, wie die staatliche Leitungstätigkeit noch effektiver gestaltet werden kann, um die vom X. Parteitag der SED beschlossene ökonomische Strategie und die dazu auf der 7. Tagung des Zentralkomitees festgelegten Aufgaben zielstrebig zu verwirklichen.

Die Beratung hat auch deutlich gemacht, daß das übergreifende Problem der vielfältigen Aufgaben der staatlichen Organe und die Hauptmethode ihrer Lösung in der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie besteht — genauer gesagt: in der Verbindung von sachkundiger, exakter und wissenschaftlich fundierter komplexer Leitung mit der schöpferischen, staatsbewußten Aktivität der Bürger. Hier kommt ein wichtiger prinzipieller Aspekt zum Tragen: mit der Lösung der vielfältigen Sachfragen der staatlichen Leitung/auch durch die Art und Weise ihrer Lösung, muß das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgern immer enger werden, muß es sich weiter vertiefen.

Wenn von der Festigung der sozialistischen Staatsmacht gesprochen wird, dann ist es üblich, daß uns antikommunistische Ideologen unterstellen, es sei damit in erster Linie der Ausbau der Schutz- und Sicherheitsorgane unseres Staates gemeint. Diese Entstellung wird dann gewöhnlich benutzt, um die DDR als furchteinflößende Militärmacht hinzustellen.^{1 2} Das verwundert nicht weiter; denn es gehört zum typisch bürgerlichen Staatsdenken, daß die Festigung des Staates nicht anders denn als die Stärkung seiner Repressivgewalt verstanden wird.

Natürlich ist unter den gegenwärtigen zugespitzten internationalen Bedingungen für den sozialistischen Staat die Funktionsfähigkeit und der notwendige Ausbau der Schutz- und Sicherheitsorgane, die zuverlässige Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus wichtig und unabwiesbar. Aber die Festigung des sozialistischen Staates ist für uns eine viel tiefergehende Frage.

Es ist die Bourgeoisie, die einen Staat dann für stark hält, wenn er über einen großen Polizeiapparat, über aufgeblähte Repressivorgane und einen mächtigen Militärapparat verfügt, der in der Lage ist, die Massen zu unterdrücken und dorthin zu dirigieren, wohin es das Profitinteresse der Ausbeuterklassen erfordert. Wir sind heute Augenzeuge, wie dieser Begriff von Stärke in der wahnwitzigen Hochrüstungspolitik der USA, der Entwicklung immer neuer Waffensysteme zur Massenvernichtung praktiziert wird, wie aus diesem Begriff von Stärke eine „Politik der Stärke“ hervorwächst und sich in der anmaßenden Rolle der USA als Weltgondarm in Grenada, im Nahen Osten, im Persischen Golf und anderswo äußert —

eine Politik, die sich offen und erklärmaßen gegen den Sozialismus, gegen die sozialistischen Länder richtet, aber auch alle anderen Länder bedroht, die sich dem Diktat der Monopole nicht fügen wollen.

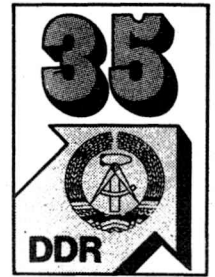
Natürlich braucht der Sozialismus gegenüber dieser wirklichen Bedrohung ein Verteidigungspotential, das der imperialistischen Maschinerie des Todes unter allen Umständen gewachsen ist und das Losbrechen dieser Maschinerie verhindert. Niemand soll annehmen, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten nach den bitteren Erfahrungen mit imperialistischen Friedensbeteuerungen, das mit großen Anstrengungen und unter Entbehrungen errungene militärstrategische Gleichgewicht, das der Sozialismus — wie die Geschichte zeigt — zur Gewährleistung seiner Sicherheit braucht und das eine gewaltige friedensstabilisierende Wirkung hat, preisgeben werden. Es sind zu viele Opfer gebracht worden, als daß dem Imperialismus noch einmal die Chance eines militärischen Überfalls auf den Sozialismus gelassen werden darf.

Die Festigung des sozialistischen Staates im Sinne der zuverlässigen Gewährleistung seiner Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft ist also eine bedeutende Friedensgarantie unserer Zeit.

Und dennoch ist unsere Vorstellung von einem starken Staat, von der Festigung der sozialistischen Staatsmacht anderer, weitergehender Natur. „Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“³ Für die Entwicklung dieser Bewußtheit der Massen, ihres qualifizierten politischen Urteilsvermögens tragen die staatlichen Organe große Verantwortung.

Es ist eine gute Praxis vieler Volksvertretungen, wenn sie diejenigen Fragen, über die sie auf ihren Tagungen zu entscheiden haben — z. B. Fragen der territorialen Rationalisierung, der Spezialisierung des Handelsnetzes, der Versorgung mit Dienstleistungen, der Werterhaltung des Wohnraums, der Erschließung örtlicher Reserven bei der Futtermittelproduktion, der Bodennutzung und der Bewässerung u. a. m. — vor der Beschlußfassung öffentlich erörtern, hierbei die örtliche Presse einbeziehen und zugleich Fragen, die die Bürger bewegen, beantworten. In der Stadt Neubrandenburg erscheint z. B. seit 1976 regelmäßig ein schriftliches Informations- und Argumentationsmaterial für die Bürger, in dem der Standpunkt des Rates der Stadt zu Fragen der Kommunalpolitik mitgeteilt wird. Dieses Material, das schnell, sachkundig und lebensverbunden über Fakten, Vorhaben und Zusammenhänge informiert, erfreut sich bei den Einwohnern von Neubrandenburg großer Beliebtheit.⁴

Die Information der Bürger über Beschlußentwürfe und Entscheidungsvorhaben der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte muß aber keineswegs nur durch die Presse und andere Massenmedien erfolgen; vielmehr sollten hier vor allem die Abgeordneten in Gesprächen mit Bürgern in ihren Wahl-



¹ Materialien der Beratung sind veröffentlicht in: Die Aufgaben der örtlichen Staatsorgane für die weitere allseitige Stärkung der DDR, Staatsverlag der DDR, Berlin 1984.

² Vgl. E. Jesse (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik, Berlin (West) 1982, S. 265.

³ W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 246.

⁴ Vgl.: Die Aufgaben der örtlichen Staatsorgane ..., a. a. O., S. 47.